

Rechtlich unmöglich? Habecks Argumente gegen AKW-Weiterbetrieb weisen Schwächen auf

Welt, 08.03.2022, Philipp Vetter, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus237399725/Atomkraft-Weiterbetrieb-der-AKW-laut-Bundesministerien-rechtlich-unmoeglich.html?sc_src=email_1866339&sc_lid=182064760&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=1907&sc_cid=1866339&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Ein Weiterbetrieb der AKWs könnte die steigenden Strompreise dämpfen – doch der Prüfbericht, unter anderem aus Robert Habecks Wirtschaftsministerium, spricht sich dagegen aus

Die Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt halten einen Weiterbetrieb der drei deutschen Atomkraftwerke für nicht gerechtfertigt – trotz Energiekrise. Eine Reihe der im „Prüfbericht“ genannten Gründe ist jedoch nicht stichhaltig.

Die Bundesminister für Wirtschaft und für Umwelt, Robert Habeck und Steffi Lemke, haben in einem „Prüfbericht“ dargelegt, warum ein Weiterbetrieb der drei deutschen Atomkraftwerke über das gesetzliche Abschaltdatum am 31. Dezember 2022 hinaus nicht zweckmäßig sei. Die beiden von Grünen-Politikern geführten Ministerien kommen zu dem Ergebnis, dass eine Verlängerung der Laufzeiten „nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten könnte, und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten, verfassungsrechtlichen und sicherheitstechnischen Risiken.“

Eine Reaktivierung bereits stillgelegter Atomkraftwerke halten die beiden Ministerien ohnehin für rechtlich unmöglich. „Im Ergebnis einer Abwägung von Nutzen und Risiken ist eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen“, heißt es in dem am Dienstag veröffentlichten Bericht.

Die Begründung reicht von formellen und juristischen Schwierigkeiten bis zu einer angeblich erhöhten Gefährdung der Anlagen durch den Ukraine-Krieg. Statt längerer Laufzeiten halten die Grünen-Minister eine intensivere Nutzung der klimaschädlichen Kohlekraftwerke für sinnvoller.

Der Verein Kerntechnik Deutschland (KernD), ein Zusammenschluss der deutschen Atomwirtschaft, äußerte sich in einer ersten Reaktion kritisch über das Prüfungsergebnis. Offensichtlich sei das Ziel der Prüfung lediglich gewesen, ausschließlich die Probleme eines Weiterbetriebs aufzuzeigen, statt auch die Machbarkeit zu eruieren, erklärte ein Sprecher. Die Betreiber der Atomkraftwerke seien zu einem Weiterbetrieb grundsätzlich bereit: Dieser könne „einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit Deutschlands leisten, sowohl im kommenden Winter als auch in der Zeit danach.“

Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) hatte bereits gegenüber WELT AM SONNTAG erklärt, keine Sicherheitsbedenken gegen einen Weiterbetrieb der Meiler zu haben. Dessen ungeachtet heißt es im Prüfbericht der Minister nun, dass die Sicherheitsbedenken gegen die Nutzung der Atomkraft durch den Krieg Russlands mit der Ukraine noch gestiegen seien. Zwar müsse man auch die neue

Versorgungslage durch einen möglichen Lieferstopp für russisches Gas berücksichtigen.

Das Ergebnis der Risiko-Nutzen-Abwägung werde durch die russischen Angriffe auf ukrainische Atomkraftwerke aber auch negativ beeinflusst. „Der Beschuss des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja am 3.3.2022 durch die russische Armee macht deutlich, dass solche Szenarien in Europa nicht völlig auszuschließen sind. Auch müssen aktuell neue Gefährdungsszenarien wie etwa staatlich veranlasste Sabotage in die Erwägungen einfließen“, heißt es in der Begründung. „Auch denkbare mittelbare Folgen eines Krieges (Unterbrechung der Stromversorgung) erhöhen mit Blick auf die dauerhaft zu gewährleistende Kühlung des Reaktorkerns das Risiko der Atomkraftnutzung.“

Längst nicht jeder Punkt der Einschätzung der Ministerien ist nachvollziehbar. So argumentieren diese, dass eine Laufzeitverlängerung nur nach einem „Streckbetrieb“ möglich sei: Die Anlagen müssten in diesem Jahr mit geringerer Leistung gefahren werden, um für das kommende Jahr noch genügend Leistung der Brennelemente nutzen zu können. So führe die Laufzeitverlängerung nicht zu einer zusätzlichen Stromproduktion, sondern lediglich zu einer Verlagerung aus dem Sommer 2022 in den Winter 2022/2023.“

Warum dies als Nachteil gelten soll, bleibt allerdings völlig unklar. Denn die Atomstrom-Produktion könnte damit genau in die Zeit verlagert werden, in der die Nachfrage, beziehungsweise die Not am größten ist: In der dunklen Jahreszeit, wenn die deutschen Solaranlagen keinen nennenswerten Beitrag zur Versorgung leisten.

Darüber hinaus vernachlässigt dieses Argument, dass es nicht nur um das Problem des zeitlichen Strommangels geht, sondern auch Preiswirkungen. Vor dem Hintergrund des aktuell extremen Strompreis-Anstiegs könnte der Weiterbetrieb der Reaktoren dem Markt 33 Terawattstunden Strom pro Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen. Dies dürfte einen preisdämpfenden Effekt haben, da diese Strommenge so groß ist wie die Jahresproduktion von 68 Prozent aller deutschen Solaranlagen.

Auch wird in dem Papier argumentiert, ein Weiterbetrieb der AKWs sei deshalb nicht sinnvoll, weil man keine Gaskraftwerke damit ersetzen könne. „Ab dem Herbst 2023 würden sie zwar zusätzliche Strommengen liefern, ein Ersatz von Gasmengen findet aber kaum statt, da Gaskraftwerke ohne KWK (Kraft-Wärme-Kopplung) in einer Gaskrisensituation ohnehin kaum zum Einsatz kommen“, heißt es im Fazit des Papiers.

Das ergibt keinen Sinn: Zwar können Atomkraftwerke tatsächlich nicht dazu beitragen, Gaskraftwerke zu ersetzen, die neben Strom auch Wärme liefern. Doch im Fall eines vollständigen Gaslieferstopps könnten sie Gaskraftwerke ersetzen, die ausschließlich Strom produzieren, sodass die Gasreserven stärker für die Wärmeerzeugung genutzt werden könnten. Im vergangenen Jahr deckten Gaskraftwerke rund 15 Prozent des deutschen Strombedarfs. Diesen Anteil zum Teil durch Kernkraft zu ersetzen, würde sogar zu erheblichen Einsparungen von Erdgas führen. Die Internationale Energieagentur (IEA) kommt denn auch zu einem völlig anderen Ergebnis als die deutschen Minister: Ein Weiterbetrieb der vier Atomkraftwerke, die in diesem Jahr in Europa abgeschaltet werden sollen (3 davon in

Deutschland) „könnte den Gasbedarf Europas um 1 Milliarde Kubikmeter Erdgas pro Monat senken“, heißt es im aktuellen 10-Punkte-Plan der IEA.

Um genug Leistung für Nachfrage-Spitzen im Winter bereitzustellen, brauche es keine Atomkraft, dies sei „auch durch die Nutzung der Steinkohlekraftwerke in den Reserven bzw. durch eine Verlängerung der Sicherheitsbereitschaft der Braunkohlekraftwerke möglich“, heißt es im Prüfbericht. Sollten die Gaslieferungen von Russland ausbleiben, würden diese Maßnahmen ohnehin ergriffen. Die Ministerien geben der Kohleverstromung damit eindeutig den Vorzug gegenüber der Kernenergie.

Einseitig fällt auch die Betrachtung angeblicher „verfassungsrechtlicher Bedenken“ aus. So verwischt der Prüfbericht die juristischen Unterschiede zwischen einer Betriebsgenehmigung für neue Anlagen und der Genehmigung zum Leistungsbetrieb. Des jüngsten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Bundesregierung das ohnehin schon minimale deutsche CO₂-Budget maximal schonen müsse, um kommende Generationen nicht zu benachteiligen, spricht für den verlängerten Betrieb der CO₂-frei arbeitenden Atomkraftwerke. Doch dieser Aspekt wird im „Prüfbericht“ ausgeklammert.

Auch müsse nach Meinung der Ministerien eine umfangreiche Sicherheitsüberprüfung der drei Atomkraftwerke stattfinden, sollten sie länger am Netz bleiben. Diese alle zehn Jahre stattfindende Prüfung wurde demnach zuletzt 2009 durchgeführt. Schon die 2019 anstehenden Tests habe man erlassen, weil sie mit Blick auf das Laufzeitende nicht mehr zwingend nötig gewesen wären. Sollten die Laufzeiten aber verlängert werden, müssten sie nachgeholt werden. Das wiederum könnte zu weiteren Kosten führen, weil bei der Prüfung festgestellt werden könnte, dass Nachrüstungsarbeiten fällig werden.

Die Kosten für Wartung, Nachrüstung und neues Personal seien so hoch, dass man die Laufzeiten nicht nur um zwei bis drei Jahre verlängern könne, sondern mindestens fünf Jahre nötig seien, damit sich der Aufwand wirtschaftlich rechtfertigen lasse, heißt es im Prüfbericht weiter. Allerdings bleibt dabei scheinbar die Notlage außer Acht, die wirtschaftliche Überlegungen in den Hintergrund treten lassen, wenn Russland tatsächlich kein Gas mehr liefern würde und damit die Energieversorgung vor dem Kollaps stünde.